

FALLSTUDIEN GROSSBRITANNIEN

1. FALLSTUDIE: GROSSBRITANNIEN ELEKTRIZITÄT

1.1. Hintergrundinformationen

Ende der 70er Jahre waren nach Michael Pollitt, der seine Angaben auf die National Accounts⁴⁵ stützt, in Großbritannien noch 8% der ArbeitnehmerInnen in öffentlichen Unternehmen, die damals 10% des nationalen Outputs produzierten, beschäftigt. Der eigentliche Beginn der Privatisierungen ist mit der zweiten Periode der Regierung Thatcher anzusetzen. Bereits 1992 (also vor der Privatisierung der Eisenbahnen) hatte sich die Zahl der in öffentlichen Unternehmen Beschäftigten auf 3% und deren Anteil am nationalen Output auf ebenfalls 3% reduziert (Pollitt 1999). Nach der Privatisierung der Eisenbahn waren 1998 z.B. noch das Post Office und London Underground in öffentlicher Hand. Nach Pollitt zielten die Privatisierungen in Großbritannien v.a. auf die Einführung von Marktanzwängen in den jeweiligen Sektoren, insbesondere durch Veränderung der Eigentümerstruktur und Kontrolle durch eigene Regulatoren. Obwohl die im Vergleich als zu niedrig angesehene Effizienz und Produktivität im öffentlichen Sektor Großbritanniens als Begründung für die Restrukturierung angegeben wurden, heben zahlreiche Kommentatoren (vgl. Pollitt 1999, Deakin/Freedland 2000) die Schwächung der Gewerkschaften und Stärkung des ‚Managerialismus‘ und damit den unverhohlenen ideologischen Charakter der Privatisierungs-/Liberalisierungsstrategien der konservativen Regierungen als eigentliche Ziele hervor.

1.2. Privatisierung des Elektrizitätssektors in Großbritannien

Grundsätzlich wurde die staatliche Elektrizitätswirtschaft im Zuge der Privatisierung in die Bereiche Erzeugung, Übertragung, Verteilung und Versorgung aufgeteilt. Die Erzeugung wurde als Duopol geregelt, die Verteilung ging an 12 lokale RECs (Regional Electricity Companies), die aber auch Strom produzieren dürfen. Die Nuklearkraftwerke blieben in öffentlichem Besitz. Die Privatisierung erfolgte in den Jahren 1989 und 1990. Ursprünglich war keine Preisregulierung durch den Regulator vorgesehen. Aufgrund der oligopolistischen Struktur kam es aber zu Preisabsprachen, sodass schließlich die Festlegung von Maximalpreisen durch das sogenannte RPI-X System erfolgte (Pollitt 1999).

Dieses System bindet den Anstieg der Preise an die Inflationsrate minus eines Faktors X, der sich aus den zu erwartenden Produktivitätsgewinnen ergeben soll. Später wurde

⁴⁵ National Accounts: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung - VGR

das System ergänzt um die Festlegung von Qualitätsstandards. Auf dieser Basis erfolgte zwischen 1994 und 1998 eine völlige Öffnung des Marktes.

Bald nach der Privatisierung kommt es zu zahlreichen vertikalen und horizontalen Fusionen, neue Anbieter kommen hinzu, Firmen werden von Multinationals-Konzernen gekauft, durch die Fusion mit Unternehmen aus der ebenfalls privatisierten Wasserwirtschaft entstehen ‚Multi-Utilities‘. Nach einer Studie des PSIRUs (Public Services International Research Unit) können die britische Stromunternehmen nach der Privatisierung kaum auf den internationalen Märkten expandieren und stellen eher Übernahmekandidaten dar (Hall 1999:6).

1.3. Auswirkungen auf die Beschäftigung im Elektrizitätssektor in Großbritannien

Personalabbau

Die durch die Privatisierung des Elektrizitätssektors in Großbritannien bewirkte Umstrukturierung der Energiewirtschaft führte zwischen 1990 und 2001 zu einer Reduktion der Beschäftigung von bis zu 58,7%, auf etwa 60.000 Personen.

Daten zum Beschäftigungsabbau in der E-Wirtschaft in Großbritannien liegen nur bis etwa Ende der 1990er Jahre vor. Diese Daten ergeben sich v.a. aus Analysen der ILO bzw. des PSIRUs (Public Services International Research Unit), auf die auch die meisten anderen Untersuchungen zur Beschäftigungsentwicklung im Bereich Versorgungsbetriebe bzw. E-Wirtschaft in Großbritannien zurückgreifen.

Eine genaue Einschätzung des Beschäftigungsabbaus ist aber schwierig. Das hat mehrere Gründe. Zum einen wird der Elektrizitätssektor statistisch selten getrennt ausgewertet. Meist erfolgt eine Analyse der Daten unter der Kategorie öffentliche Versorgungseinrichtungen. Dazu kommt zum anderen, dass Arbeitsplatzverluste durch die Restrukturierung des Energiesektors auch in anderen Wirtschaftsbereichen auftreten können. So gingen etwa in GB nicht zuletzt durch die Umstellung vieler Kraftwerke auf Gasturbinen und die Ersetzung der nationalen Produktion durch billigere Importe in den 90er Jahren noch einmal an die 80.000 Arbeitsplätze im Bergbau (280.000 seit Anfang der 80er) verloren (vgl. ECOTEC 2001).

Der Personalabbau kann je nach Situation der Unternehmen in der Vorbereitungsphase der Liberalisierung, unmittelbar danach oder in der Abwehr von feindlichen Übernahmen oder nach Fusionen erfolgen. Personalabbau kann als zentrales Instrument der durch die Privatisierung veränderten Managementstrategien angesehen werden, um Arbeitskosten zu senken und die Produktivität zu erhöhen. Tatsächlich weisen die meisten Studien eine immense Steigerung der Produktivität aus, gleichzeitig wird aber betont, dass durch den massiven Personalabbau die langfristige Sicherung der Qualität der Dienstleistungen bedroht ist.

Die Reduktion der Belegschaft hing auch mit der Schließung der Kundenzentren/Elektro-Shops (Energy Centres, British Gas Showrooms), die Elektrogeräte oder Gas-